

Der Freisinn FDP

Die Meinung von Bundesrat Dr. Fritz Honegger

Freisinnige Politik ist heute nötiger denn je

«Die Schwerpunkte der Zielsetzungen 1979/83 dürfen als Forderungen des Freisinns nicht auf dem Papier bleiben.» Dies stellte Bundesrat Dr. Fritz Honegger an der Wahlkundgebung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) in Brunnen fest. Die Ansprache des Vorstehers des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements stand unter dem Leitsatz «Staat und Wirtschaft vor neuen Aufgaben»:

Die Schwerpunkte der Zielsetzungen 1979-83 dürfen als Forderungen des Freisinns nicht auf dem Papier bleiben.

*Mehr Selbstverantwortung und weniger Staat,
eine gesicherte soziale Zukunft bei tragbaren Steuern und Sozialabgaben,
Wohlstand durch Arbeitsfrieden in einer anpassungsbereiten, wettbewerbsfähigen Wirtschaft,
innere und äussere Sicherheit in einem demokratischen Rechtsstaat, der auf einem lebendigen Föderalismus beruht, und
ein gesunder Lebensraum in einer lebenswerten Umwelt*

sind Forderungen für die ganze Schweiz und das gesamte Schweizer Volk. Es ist an uns allen, in unserer täglichen Arbeit dafür zu sorgen, dass die Schwerpunkte freisinniger Politik in die Wirklichkeit hineingetragen und realisiert werden.

Freisinnige, liberale Politik ist heute nötiger denn je. Wir leben in einer veränderten Welt. Wirt-

schaftliche Schwierigkeiten, politische Instabilität, soziale Unrast sind in vielen Ländern der Erde Normalerscheinungen. Das militärische Gleichgewicht zwischen den Blöcken ist bedroht. Von immer weniger Ländern werden die bürgerlichen Freiheiten und die Menschenwürde geachtet. Um so wichtiger ist es, dass wir uns des Wertes der Freiheit bewusst sind und bereit sind, sie gegen äussere Feinde und Kräfte der Verunsicherung im Innern zu verteidigen.

Hier liegt eine bedeutende Aufgabe für engagierte freisinnige Politik. Der demokratische Staat ist nicht schutzlos. Aber seine Bürger müssen vom Willen beiseit sein, ihren Staat zu tragen, an ihm mitzuarbeiten, seine Institutionen zu schützen. Die Schweizer Demokratie ist so stark und widerstandsfähig, wie das Schweizer Volk sie macht.

Das Ja zum Staat schliesst Kritik nicht aus. Eine Demokratie braucht Kritik. Aber Kritik muss getragen sein von Verantwortung - von der aktiven Verantwortung des Bürgers als fundamentalem Baustein des Staates. Besserwissen, Belehrungssucht und Veränderungswut sind für ein lebendiges Staatsgebilde genauso wenig von Nutzen wie die Ablehnung jedes Wandels und das Verschiessen der Augen vor den veränderten Bedingungen, denen sich unser Land und seine Wirtschaft heute gegenübersehen. Demokratischer Fortschritt ist nur tragfähig, wenn er auf dem Gewachsenen aufbaut.

Unser Land war in den vergangenen Jahren mit schwerwiegenden wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Die weltweite Rezession kennzeichnete das Ende der Wachstumsperiode der Nachkriegszeit. Der Anstieg des Schweizerfrankens bildet eine harte Bewährungsprobe für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Und die Energieprobleme signalisieren den Beginn einer neuen Zeit, die ein neues Denken verlangt.

Wir haben uns diesen Herausforderungen offen gestellt. Und wir können Erfolge vorweisen. Diese Erfolge sind nicht zuletzt unserem konsequenten Bekenntnis zur Marktwirtschaft, unserer



Im Zeichen des Notvorrats:

Die freisinnige Wegzehrung

Wir haben für den Wahlkampf aus unseren Werbemitteln ein «Frässpäckli» für unsere Mitglieder zusammengestellt. Dieses enthält: die «Zielsetzungen 79/83», die Broschüre «Wir über uns», den Prospekt «Dazu stehen wir», zwei Flugblätter «Wir FDP-Frauen», ein Flugblatt «Wir Jungen», 1 Beutel FDP-Bonbons, 5 Schachteln FDP-Zündhölzchen, 5 FDP-Kleber, 1 FDP-Button (Ansteckknopf). Und alles zusammen kostet nur Fr. 9.90. Bitte mit Einzahlungsschein, ausgefüllt auf Konto 30-9772 FDP der Schweiz, Bern, bestellen. Sie erhalten dann das Werbematerial umgehend zugestellt.



Mit einer Pressekonferenz wurde die Unterschriftensammlung der Volksinitiative «für die Koordination des Schuljahresbeginns in allen Kantonen» gestartet. Das von mehreren FDP-Kantonalparteien lancierte Volksbegehren fand in der Öffentlichkeit ein breites Echo und die ersten Unterschriftenbogen wurden bereits retourniert. Unterschriftenbogen können beim Sekretariat des Initiativkomitees, Postfach 2642, 3001 Bern, bezogen werden. - Unser Bild von der Pressekonferenz zeigt von links nach rechts FDP-Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger, Grossrätin Claire-Lise Renggli, Nationalrat Burkhard Vetsch (Präsident des Initiativkomitees), Stadtrat Dr. Markus Frigo, Mario Tavazzi (Sekretär des Initiativkomitees).

Vor einem Jahr erlebte die Schweiz eine politische Uraufführung: am 24. September 1978 wurde der Kanton Jura, der 26. Stand der Eigenossenschaft, Tatsache. Ist die so hoch gepriesene rechtsstaatliche, demokratische «Lösung der Jurafrage» gescheitert? Ein Jahr nach dem denkwürdigen Urnengang muss diese Frage gestellt werden. Ueber das «Warum?» informieren wir Sie auf Seite 3.

Zu einem Fest eindrücklicher Geschlossenheit des schweizerischen Freisinns gestaltete sich die Wahlkundgebung von Brunnen. Nachdem in den Medien bereits darüber berichtet wurde, lassen wir auf Seite 10 Photos sprechen.

«Gesund leben, gesund bleiben, gesund werden», das sind die Kernsätze des Leitbildes der freisinnigen Gesundheitspolitik. «Der Freisinn» präsentiert Ihnen das Leitbild auf den Seiten 5 und 6.

Die FDP ist nicht nur im Bereiche der Gesundheitspolitik aktiv geworden, sondern hat sich auch beherzt der Frage der Eigentumsförderung angenommen. Auf eidgenössischer Ebene wurde von der Fraktion der Bundesversammlung eine Motion eingereicht, während auf der Stufe der Kantone analoge Vorstösse lanciert wurden. Was die FDP und ihre Vertreter in Sachen Eigentumspolitik unternommen haben, können Sie auf Seite 9 lesen.

Dass die eidgenössischen Wahlen vor der Tür stehen, ersehen Sie aus den übrigen Beiträgen dieser Nummer: Denn freisinnige Politik ist nötiger denn je.

Chr. Beusch

Chr. Beusch

Ihre Eigenheim-Finanzierung nach Mass - mit der SKA



Hier sehen Sie auf einen Blick sämtliche 15 Sujets der durch die FDP Schweiz gestalteten Wahlplakate. Auch Sie können diese beziehen! Die 14teilige Grossplakatserie (Weltformat) kostet 70 Franken, die ebenfalls 14teilige Kleinplakatserie (Format A3) kostet 35 Franken. Bitte senden Sie untenstehenden Talon an das Generalsekretariat FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern ein.

<p>Freiheit ist sinnvoll. Einverstanden?</p> <p><small>Möven, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Wer denkt, wählt. Wählt freisinnig!</p> <p><small>Möven, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Andere reden. Wir arbeiten.</p> <p><small>Möven, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Weder rot sehen, noch schwarz malen.</p> <p><small>Möven, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>
<p>Wir sind für mehr Freiheit und weniger Staat. Warum stört das gewisse Leute?</p> <p><small>Möven, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Sozialismus ist teuer. Und erst noch kein Vergnügen!</p> <p><small>Möven, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Der Staat ist keine Kuh, die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken wird.</p> <p><small>Möven, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Partei nehmen für unsere vernünftige Steuerpolitik. Damit die öffentliche nicht zur hohlen Hand wird.</p> <p><small>Möven, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>
<p>Farbe bekennen: Weder rot sehen, noch schwarz malen!</p> <p><small>Möven, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Gerecht handeln: Den Benachteiligten Brücken bauen. Weil es in diesem Land niemandem schlecht gehen soll.</p> <p><small>Möven, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Wir stehen auch ein für Recht und Ordnung. Mit Unrecht und Unordnung lässt sich kein Staat machen.</p> <p><small>Möven, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Wir bejahen den Fortschritt und gute Traditionen. Aber wir verneinen üble Gewohnheiten.</p> <p><small>Möven, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>
		<p>Wir befürworten ebenfalls den Gewinn. Ohne Erträge finanziert niemand den wahren Fortschritt.</p> <p><small>Möven, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Ideen, Köpfe, beherzte Taten: FDP</p>

Coupon

Ich bestelle
... Serie(n) Grossplakate à Fr. 70.—
... Serie(n) Kleinplakate à Fr. 35.—

Name: _____
Adresse: _____
PLZ/Wohnort: _____
Unterschrift: _____

Bereitschaft zu Leistung und Anpassungsfähigkeit zu verdanken. Dass die Schweiz als rohstoffloses und energiearmes Land über die härteste Währung und das höchste Pro-Kopf-Einkommen verfügt, ist nicht selbstverständlich. Und noch weniger selbstverständlich ist, dass wir weltweit die niedrigste Arbeitslosenquote und die niedrigste Inflationsrate haben.

Unsere Wirtschaft hat hart zu kämpfen. Aber wir haben wieder gelernt — falls wir es jemals gelernt haben sollten —, dass Erfolg auf Arbeit beruht, auf der gemeinsamen Arbeit von Unternehmern, Arbeitern und Angestellten. Grundstein dieser Zusammenarbeit ist der soziale Frieden. Bewahren wir ihn. Er ist ein Beweis politischer Reife, die durch ihre Bewährung unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen besonderen Wert für die Zukunft gewinnt.

Die Erfolge unserer Wirtschaft und unserer Wirtschaftspolitik machen es Kritikern nicht leicht. Manche flüchten sich in blosse Beschimpfungen unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung, andere wenden sich in die Zukunft und behaupten, wir hätten es zwar bisher geschafft, aber in Zukunft würden wir es nicht mehr schaffen.

Wie oft, so fragt man sich, wird das schweizerische Malaise eigentlich noch erfunden? Und wie fremd muss man der direkten Demokratie und dem Föderalis-

mus gegenüberstehen, wenn man in beiden nichts weiter sieht als einen Hemmschuh für sachliche Entscheide, als einen Nachteil für die Bewältigung der Zukunft.

Die direkte Demokratie und der Föderalismus sind nicht nur traditionelle Elemente in unserem Staate mit seiner Vielfalt an Sprachen, Kulturen und religiösen Bindungen. Sie sind vielmehr herausgewachsen aus einem politischen Bewusstsein, das in Jahrhunderten entstanden ist und zum Garanten wurde für eine politische Stabilität, die beispiellos ist in der Welt, ohne dass die Fähigkeit zum Wandel, zur Integration von Neuem und Wertvollem verloren ging.

Wer nicht jede Mode mitmacht, ist nicht fortschrittsfeindlich. Und wer Neuerungen genau prüft und möglicherweise sogar revidiert, wenn sie sich nicht bewähren oder nicht getragen werden können, der ist nicht reaktionär, sondern verantwortungsbewusst gegenüber den kommenden Generationen.

Diese Prinzipien unseres Staates haben auch heute Gültigkeit — sie haben vor allem heute Gültigkeit. Wir werden uns den künftigen Herausforderungen stellen, wie wir uns den bisherigen gestellt haben. Und ich bin überzeugt, dass wir auch in Zukunft erfolgreich oder zumindest nicht weniger erfolgreich sein werden als andere, solange wir bereit sind zu lernen, uns anzupassen und unsere Kräfte in gemeinsamen Anstrengungen zu konzentrieren.

Unsere Partei, die Freisinnig-Demokratische Partei, hat bei der Bewältigung der Zukunft unseres Landes eine besondere Aufgabe und Verantwortung. Geschichte und Verfassung des schweizerischen Bundesstaates atmen den Geist liberalen Denkens. Unsere Partei hat die Geschicke unseres Landes stets an vorderster Front mitgeprägt. Setzen wir deshalb alles daran, die Ideale der Freiheit, der Selbstverantwortung und des sozialen Rechtsstaates auch in Zukunft zu Massstäben schweizerischer Politik zu machen.

Wie wollen wir der Energiekrise begegnen?

Bedrohung oder Chance für Staat und Wirtschaft

Wir Schweizer reagieren empfindlich, wenn wir uns in einer Abhängigkeitssituation ertappen. Unsere Energieabhängigkeit war uns zwar theoretisch schon immer bekannt, aber sie hat uns nicht bedrückt, solange die Versorgung zu günstigen Preisen gewährleistet war. Seit sich die Grundlagen unserer Energieversorgung aber dramatisch verändert haben, stehen wir vor einer neuen Herausforderung. Jetzt muss sich zeigen, ob wir solchen Situationen gewachsen sind. Dazu die Meinung von Nationalrat Ulrich Bremi, Zollikon ZH:

Vor zwei Reaktionen wollen wir uns hüten: vor der nervösen Panik und vor dem blinden Glauben an die Allmacht des Staates. Weder politische Konfliktstrategien noch das Jammern bringt uns weiter. Es muss sich bei uns die Auffassung durchsetzen, dass die heutige Energiesituation keine Krise, sondern eine wichtige Chance ist. Sie setzt uns neue Investitionsziele. Sowohl das Erforschen neuer Technologien wie auch die Reduktion des Verbrauches rufen

nach geistigen und materiellen Investitionen im privaten, wirtschaftlichen und öffentlichen Bereich. Unser Land verfügt über das Wissen und Können, um diesbezüglich aus eigener Kraft voranzukommen, vorausgesetzt, dass unsere Wirtschaft die Möglichkeit erkennt und sie ergreifen will. Es gibt durchaus einen marktwirtschaftlichen Zugang zum Energieproblem, und wir wollen uns diese Chance der liberalen Zukunftsbewältigung nicht

zum vornherein aus der Hand schlagen lassen.

Die Umstellung hat begonnen

Die eidgenössische Kommission für eine Gesamtenergiekonzeption (GEK) betrachtet das eigentliche Sparen als wichtiges Teilziel eines nationalen Energieprogrammes. Es ist auch leicht auszumachen, wo die Umstellung anzusetzen hat und wo darum die Investitionen auch am schnellsten zum Tragen kommen, nämlich im Bereich der Wärmezeugung. Wir wissen, dass nicht nur die Hälfte der Energie «verheizt» wird, sondern bei schlechtem Wirkungsgrad auch noch die Luft verschmutzt wird. Gerade in diesem Bereich, also in der Wirkungsgradverbesserung der Heizsysteme, in der Ausnutzung der Abwärme und in der Isolation liegt eine Zukunft. In diesen Branchen ist die Baurezession vergessen und ein Investitionsschub in Vorbereitung.

Staatliche Energiebeschränkungen gefährden unsere Arbeitsplätze. Private Energiespar-Investitionen schaffen neue Arbeitsplätze.

Ein breit gefächertes Angebot an Energiespar-Investitionen bestimmt das Mass der Unabhängigkeit. Alle politischen Massnahmen sind deshalb darauf auszurichten, das Angebot auf dem Markt zu vergrössern und privatwirtschaftliche Entwicklungsprojekte zu fördern. Auch für die mittleren und kleinen Betriebe liegt hier die Möglichkeit, am «Comeback» der Kleintechnologie teilzuhaben. Ihr einfacherer Entscheidungsmechanismus sollte es ihnen erlauben, mögliche Marktauftritte rasch und erfolgreich durchzuführen.

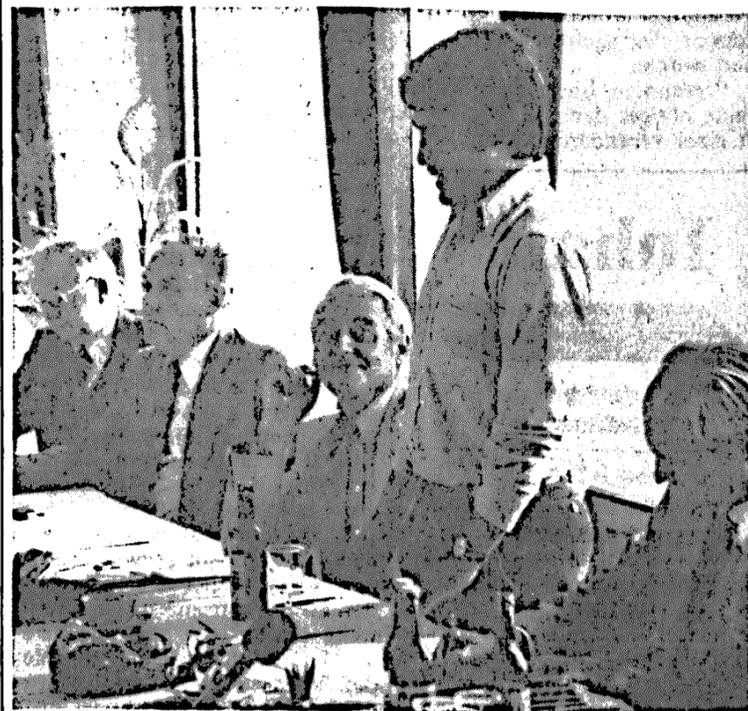
Eine renommierte Zürcher Bank kritisiert in ihrem Bulletin den Leitsatz «Spare in der Zeit, dann hast du in der Not» als für die Energieversorgung kaum tauglich. Besser sei, heute freiwillig mehr für eine verbesserte Energienutzung auszugeben, um nicht erzwungenermassen morgen zuviel bezahlen zu müssen. «Nur wenn investiert wird, könne am Ende in richtiger Art und Weise Energie gespart werden. Damit aus den Energieinvestitionen Energie- und Kapitalnutzen herauspringe, müssten die Energiepreise weiter anziehen. Das wird in Anbetracht der internationalen Lage der Fall sein, und wo kurzfristig Rohstoffe im Ueberfluss angeboten werden, werden bald einmal die politischen Bedingungen dafür sorgen, dass man mit diesem Ueberfluss nicht übermütig wird. Das gilt für die Produzentenländer wie für die Abnehmerländer, die aus Angst vor zukünftigen Versorgungsproblemen heute Bedingungen akzeptieren, die preistreibend wirken.» — Soweit der Bankier.

Der kritische Punkt: Die Ausbildung

In einem wesentlichen Punkt sind wir auf eine enge Zusammenarbeit von Wirtschaft und Staat angewiesen. Es fehlen uns heute genügend Fachkräfte, die als umfassende Berater im energetischen Bereich wirken können. Solche Personen brauchen auf staatlicher Seite besonders dringend die Investoren und Konsumenten. Solange wir diese Leistungen nicht anbieten können, wird dem Verbraucher der Ueberblick über das Angebot und die wirtschaftliche Auswahl schwerfallen. Es genügt nicht, an unseren technischen Schulen die Lehrprogramme zu ergänzen, wir haben uns auch mit der Weiterbildung der im Berufsleben stehenden Techniker zu befassen. Einmal mehr zeigt sich, dass es in unserem Land kein Ueberangebot an gutgeschulten Menschen gibt und dass wir auf qualifizierte Schulen aller Stufen in hohem Mass angewiesen sind.

Alle unsere Sparmassnahmen werden aber nur dann zur Wirkung gelangen, wenn 6 Millionen Schweizer effektiv sparen wollen, und zwar insbesondere bei sich selbst. Wer mit Steuern und Vorschriften «den ändern» auf den Leib rücken will, denkt offenbar eher daran, die Energielage als Instrument zu benutzen, mit dem man andere politische Ziele erreichen kann. Solchen schon heute sichtbaren Versuchen begegnen wir am besten mit eigener, sachlicher und liberaler Initiative.

Die besten Technologien werden nicht durch Kommissionen bestimmt, sondern durch den Markt.



Auftakt zu den eidgenössischen Wahlen: auf Einladung des Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Presseverbandes trafen sich Ende August in Bern Vertreter der vier Bundesratsparteien CVP, FDP, SP und SVP sowie des Landesrings und der POCH zu einem Parteienhearing. SP-Präsident Hubacher bezeichnete dabei die FDP als Hauptgegner seiner Partei. Ueber das Stimmverhalten von Herrn und Frau Schweizer referierte Dr. Jean-Pierre Hoby, Mitverfasser der Stimmabstinentz-Studie Neidhart/Hoby. Mit dessen Ausführungen und insbesondere auch den die Parteien betreffenden Feststellungen wird sich «Der Freisinn» in einer der nächsten Nummern noch befassen. — Unser Bild zeigt (von links nach rechts): Nationalrat Dr. Fritz Hofmann, Präsident der SVP, Staatsrat Hans Wyer, Präsident der CVP, Nationalrat Helmut Hubacher, Präsident der SP, Dr. J.-P. Hoby, FDP-Nationalrat Dr. Rudolf Friedrich.



JVONTOBEL & CO.
Bankiers
Zürcherstrasse 3

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zurich Telefon: 01-43 70 11
Telegramme: CAPBANK Telex: 52 306

Ein Jahr nach der Juraabstimmung

Wo bleiben die besonnenen Kräfte?

Vor einem Jahr erlebte die Schweiz die politische Uraufführung einer Kantonsgründung: am 24. September 1978 wurde der Kanton Jura, der 26. Stand der Eidgenossenschaft, Tatsache. Mit einem Abstimmungsergebnis, das an Deutlichkeit kaum zu überbieten ist, haben Volk und Stände damals den Kanton Jura im Bund der Schweizer Kantone willkommen geheissen. Heute, ein Jahr nach diesem denkwürdigen Urnengang, ist die anfängliche Euphorie der Ernüchterung gewichen. Die Beziehungen zwischen den Kantonen Bern und Jura weisen steigende Temperaturen auf, und alles deutet darauf hin, dass die Jurafrage in ihre zweite Phase getreten ist und die Schweiz wohl noch einige Zeit in Atem halten wird. Roland Meier fasst die Ereignisse eines Jahres zusammen:

Die eidgenössische Juraabstimmung vom 24. Sept. 1978 wurde von vielen Beobachtern als Testfall für den schweizerischen Föderalismus bezeichnet, als Testfall auch, an dem sich zeigen sollte, ob in unserem Land gewichtige innenpolitische Probleme noch durch ebenso gewichtige Umwälzungen, durch eine strukturelle und territoriale Neugliederung unseres 130jährigen Staatsgebildes gelöst werden können. Diese Bewährungsprobe hat das Schweizervolk bestanden, schaut jedoch heute mit einigem Erstaunen und einer gewissen Enttäuschung auf die dunklen Wolken, die sich in der Zwischenzeit über den Hügeln und Tälern des Juras zusammengebraut haben.

«La lutte continue»

Wer indessen geglaubt hatte, der neue Kanton Jura werde sich von der ersten Stunde seiner Existenz an zu einem Musterkanton entwickeln, gab sich einem bedauerlichen Trugschluss hin, wurde doch vom Rassemblement jurassien (RJ) immer wieder darauf hingewiesen, dass ein Kanton Jura, bestehend aus den drei Amtsbezirken Delémont, Porrentruy und Franches-Montagnes, nur eine erste Etappe darstellen würde. Erklärtes Ziel der Separatisten aber blieb ein vereinigter Jura, der «von Boncourt bis La Neuveville» reicht, also auch die drei bernischen Bezirke Moutier, Courtelary und La Neuveville umfasst.

Schon am Abend nach dem eidgenössischen Urnengang wur-

«Auch im Südjura bleiben noch Fragen offen. Wir haben aber von jeher betont, dass wir nur den Weg der Demokratie und der Legalität anerkennen. (...) Bern ist unser wichtigster Nachbar. Wir streben freundeidgenössische Beziehungen auch zu Bern an.»
Regierungspräsident François Lachat (TA, 4. 10. 1978)

den in den Strassen Delsbergs Rufe wie «Ce n'est qu'un début, continuons le combat» laut. Dass der Kampf auf irgendeine Weise weitergehen würde, musste nach den verschiedenen Erklärungen der RJ-Chefideologen erwartet werden; was indessen peinlich berührte und den innereidgenössischen Frieden ins Wanken brachte, war die Tatsache, dass dieser Kampf sogleich und mit unverminderter Schärfe aufgenommen wurde. Vom erwarteten Stillhalteabkommen, von einer «Verschnaufpause» war kaum etwas zu verspüren. Schon das nur eine Woche nach dem denkwürdigen Urnengang abgehaltene Fest des jurassischen Volkes zeigte, dass die Schweiz noch einige Zeit mit dem Juraproblem leben müssen. Im Unterschied zu früher

ist dies nun aber nicht mehr ein Problem zwischen einem Kanton und einer separatistischen Bewegung, sondern ein Problem, das die ganze Schweiz angeht.

Der jurassische Staat steht

Bei all den wenig erfreulichen Vorkommnissen gilt es indessen auch, das Positive nicht zu übersehen. Was schon vor der Kantonsgründung durch aufreibende Arbeit vorbereitet wurde, haben die jurassischen Behörden in kurzer Zeit zu beachtlichen Ergebnissen geführt: der jurassische Staat steht heute auf zwar noch jungen, aber schon erstaunlich starken Beinen.

In weniger als einem Jahr hat sich der neue Kanton eine eigene Verwaltung geschaffen; unter tatkräftiger Mitarbeit des Kantons Bern wurden die güterrechtliche Trennung, die Devolution von Verwaltung und Justiz, die Abtretung der Mobilien und Immobilien bereits ein gutes Stück vorangetrieben; der neue Kanton hat seine Beamten rekrutiert und sich bereits eine ansehnliche Gesetzesammlung angelegt. Hinter all dieser Arbeit steckt viel Engagement und Aufopferung, was leider von den unerfreulichen Ereignissen bisweilen etwas in den Hintergrund gedrängt wird.

Wo bleiben die Parteien?

Wichtigste Aufgabe, die unmittelbar nach der Kantonsgründung zu erledigen war, bildete die Wahl einer Regierung und eines Parlaments. Bei diesen Urnengängen sollte sich zeigen, ob die Parteien im Kanton Jura in der Lage sind, die ihnen zustehende Stellung wieder zurückzugewinnen, oder ob auch nach der Kantonsgründung der Einfluss des RJ bestimmend sein wird für die Politik im Kanton. Die Beantwortung dieser Frage hing sehr stark von der Haltung der stärksten Partei im Kanton Jura, der CVP, ab.

Nachdem es anfänglich so aussah, als ob sich die CVP den Druckversuchen des Rassemblement widersetzen würde, brachte der notwendig gewordene zweite Wahlgang für die Bestellung des Regierungsrats die grosse Ernüchterung. Die Partei vollbrachte, nachdem der erste Wahlgang ihre Illusionen auf eine Regierungsmehrheit zerstört hatte, einen beachtlichen Rückzieher und schloss sich mit drei anderen, dem RJ nahestehenden Parteien zu einer «Koalition des 23. Juni» zusammen. Opfer dieses Manövers wurden die Freisinnigen, die zwar als zweitstärkste Partei aus den Grossratswahlen hervorgingen, nun aber in der Regierung nicht vertreten sind und in eine unfreiwillige Oppositionsrolle gedrängt wurden.

Der Grund, warum die Freisinnigen dem Rassemblement nicht sympathisch sind, muss in der Vergangenheit gesucht werden. Damals hatte sich die Partei in

Ein Schweizer Kanton



Ein moderner Staat

der die allgemeine Wohlfahrt fördert

Der jurassische Staat

- erfüllt die Grundpflichten
- sichert die Unabhängigkeit
- fördert die Entwicklung der Bevölkerung
- sichert die Neutralität
- fördert den Wohlstand
- sichert die Autonomie
- erfüllt die Pflicht zur Zusammenarbeit

Volksabstimmung vom 24. September 1978

Ordnung des Kantons Jura

Die Abstimmung über die Gründung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung des Kantonsparlamentes wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung des Kantonsparlamentes wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung des Kantonsparlamentes wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung des Kantonsparlamentes wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung des Kantonsparlamentes wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung des Kantonsparlamentes wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung des Kantonsparlamentes wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung des Kantonsparlamentes wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung des Kantonsparlamentes wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung des Kantonsparlamentes wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung des Kantonsparlamentes wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung des Kantonsparlamentes wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung des Kantonsparlamentes wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung des Kantonsparlamentes wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung des Kantonsparlamentes wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung des Kantonsparlamentes wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Die Abstimmung über die Gewählung der Regierung des Kantons Jura wurde am 24. September 1978 durchgeführt.

Jura 23. Schweizer Kanton



ASSEMBLEE CONSTITUANTE DE LA REPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

Kantonsrat

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

Die Regierung des Kantons Jura besteht aus dem Kantonsrat und dem Regierungsrat.

desrat vorstellig wurden und — unter Berufung auf den gleichen Artikel der Bundesverfassung — ihre Begehren formulierten. Unter Hinweis auf die durch den Bund gewährleisteten verfassungsmässigen Rechte der Bürger forderte die jurassische Regierung eine

«Ein Teil des bernischen Staatsgebietes, das seit Jahrhunderten mit dem bernischen Staatswesen verbunden ist und dessen Bevölkerung entschieden den Anschluss an einen andern Kanton ablehnt, ist einer breiten, ideologisch unschweizerischen Aggression ausgesetzt. (...) Ohne Unterstützung aus dem Gebiet des Kantons Jura würden die separatistischen Bewegungen im Berner Jura innert kurzer Zeit zur Bedeutungslosigkeit herabsinken.»
Regierungsrat Werner Martignoni vor dem Grossen Rat (3. 9. 1979)

eidgenössische Kommission, welche über die freie Ausübung der demokratischen Rechte im Südjura wachen sollte. Der Kanton Bern seinerseits wurde, aufgefordert durch eine vom Grossen Rat überwiesene Motion und unter Hinweis auf die im gleichen Artikel der Verfassung gewährleistete Gebietsgarantie, beim Bund vorstellig, um die Schaffung von Ausführungsbestimmungen gegen die Verletzung der territorialen Integrität zu verlangen.

Fragwürdige Ideologie

Ausgangspunkt der genannten Vorkommnisse ist jeweils das RJ, auch wenn nicht übersehen werden darf, das auch die überreizten Gegenreaktionen der Berner in im Südjura dazu beigetragen haben, dass aus dem schwelenden Herd wieder einmal ein Grossbrand entstanden ist. Das Rassemblement akzeptiert zwar die Existenz des Kantons Jura «als erste Etappe auf dem Weg zur Wiedervereinigung», stellt aber bei jeder sich bietenden Gelegenheit jenen Zusatz zur bernischen Verfassung, der die Kantonsgründung erst ermöglicht hat, in Frage und nimmt dessen Nichtanerkennung als Basis für die Fortführung der Agitation im Berner Jura.

Nach Auffassung des RJ waren die 1974/75 durchgeführten Juraplebizite «völkerrechtswidrig», weil damals nicht nur die

«Die Verfassung garantiert den politischen Minderheiten im Jura, im Süden wie im Norden, die gleichen Freiheitsrechte wie den politischen Mehrheiten. Freiheit bedeutet aber nie Schrankenlosigkeit. Sie findet ihre Schranken vor allem an der Freiheit des andern. Wo die Schranken der Rechtsordnung missachtet werden, wo insbesondere versucht wird, politische Forderungen mit Gewalt und Gesinnungsterror durchzusetzen, da hat der Staat zum Rechten zu sehen.»

Stellungnahme des Bundesrats zu parlamentarischen Juravorstössen (22. 11. 1978)

autochthonen, französischsprachigen Stimmberechtigten an die Urnen gehen konnten, sondern ebenso die eingewanderten, deutschsprachigen. Nach der mehr als fragwürdigen Demokratieauffassung des RJ hätte das Selbstbestimmungsrecht nur der frankophonen Bevölkerung zugestanden werden sollen, und die übrigen Bürger zweiter Klasse hätten sich dem Mehrheitsentscheid bedingungslos zu unterziehen. Ein derartiger Abstimmungsmodus, der Geist und Buchstaben unserer Bundesverfassung grundsätzlich widerspricht, sollte bei allfälligen künftigen Abstimmungen im Südjura zur Anwendung kommen und so eine Mehrheit für den Anschluss an den Kanton Jura ermöglichen.

Besonnenheit tut not

Der Rückblick auf ein Jahr Kanton Jura zeigt neben Erfreulichem auch Erscheinungen, die zu Besorgnis Anlass geben. Dennoch wäre es verfehlt, dem jüngsten Schweizer Kanton das Vertrauen, das ihm am 24. September des letzten Jahres gegeben wurde, einfach wieder zu entziehen. Besonnenheit tut not, und zwar sowohl im Kanton Jura als auch im Kanton Bern und in der übrigen Schweiz, wo überreizte Gegenreaktionen kaum dazu beitragen würden, die Wogen zu glätten.

Die jüngste Entwicklung hat letztlich auch gezeigt, dass die Suppe nie so heiss gegessen wird, wie sie die RJ-Küchenchefs zubereitet haben. Auch die jüngsten Forderungen der Separatisten müssen zwar zur Kenntnis, aber nicht zum vollen Nennwert genommen werden. Das vom RJ geäußerte Begehren auf «Rückgabe» Moutiers gleicht in seiner Masslosigkeit nämlich eher einer Flucht nach vorn mit dem Zweck, die eifrigsten Sympathisanten bei der Stange zu halten. Ausserdem scheint selbst innerhalb der Führungsspitze des RJ nicht alles rund zu laufen, was nicht zuletzt die nach mehr als 30 Jahren erstmalige Absenz von RJ-Mitbegründer Schaffter, seines Zeichens Ständerat des Kantons Jura, auf der Rednertribüne des 32. Fests des jurassischen Volkes unterstreicht. Hoffnungen in bezug auf ein etwas ruhigeres zweites Lebensjahr des Kantons Jura sind immerhin erlaubt...

LI-Kongress 79 in Ottawa

Der diesjährige Kongress der Liberalen Internationalen (Liberaler Welt-Union) findet vom 4. bis zum 6. Oktober in Ottawa (Kanada) statt. Führende Liberale aus den Mitgliedsparteien der Liberalen Internationalen haben ihre Teilnahme zugesagt. Generalthema ist das für Kanada brennend aktuelle Problem «Einheit durch Vielfalt». Weitere Informationen sind erhältlich beim Sekretariat der Liberalen Internationalen, 1 Whitehall Place, London, SW1A2HE.

**FDP der Schweiz,
Wahlkündigung Brunnen**

Ziehungsliste Hauptpreise

Preis	Nr.
1.	1769
2.	9210
3.	8116
4.	7135
5.	1633
6.	3256
7.	9959
8.	8496
9.	9274
10.	5994
11.	6862
12.	9976
13.	4659
14.	2351
15.	4611
16.	2827

**Tombolagewinner
gesucht!**

Für einige der Festteilnehmer in Brunnen war am Nachmittag offenbar die Hitze im Zelt zu gross, so dass sie — obwohl im Besitz von Tombolosen — noch vor der Ziehung der Gewinnnummern den Heimweg unter die Füsse nahmen. Jedenfalls wurden eine ganze Reihe von Preisen bei uns nicht abgeholt.

Die nachstehend veröffentlichten Gewinnzahlen geben Auskunft über die Resultate. Vielleicht haben gerade Sie eines (oder mehrere) dieser Lose noch im Portemonnaie... In diesem Fall senden Sie das betreffende Los möglichst sofort an:

Generalsekretariat FDP
der Schweiz
Postfach 2642
3001 Bern

Ziehungsliste Trostpreise

250	1695	3541	5583	7265
500	2105	3665	5594	7294
520	2198	3696	5739	7759
609	2275	3724	5769	7766
612	2357	3904	5926	7822
613	2359	4189	5941	8125
615	2383	4282	6217	8757
621	2500	4401	6233	8762
1051	2522	4405	6406	8804
1055	2552	4444	6514	8805
1060	2618	4794	6575	8842
1271	2680	4797	6597	8843
1278	2868	4825	6645	9146
1302	2907	5126	6675	9208
1307	3253	5260	6700	9260
1397	3294	5268	6807	9262
1398	3298	5273	6808	9329
1519	3304	5281	6832	9500
1664	3454	5412	6884	9520
1682	3467	5545	6912	9818

**FDP Oberwallis —
unsere 26. Kantonalpartei**

Am 1. September 1979 wurde in Brig die Freie Demokratische Partei Oberwallis aus der Taufe gehoben. Dieses erfreuliche Ereignis ist für Kenner der politischen Szene im Oberwallis alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Es verwundert denn auch nicht, dass die Nachricht von der Gründung im Wallis wie eine Bombe eingeschlagen hat.

Wie aus den Statuten, welche anlässlich der Gründungsversammlung von den gegen 200 Anwesenden einstimmig genehmigt und verabschiedet wurden, hervorgeht, erklärt sich die Freie Demokratische Partei Oberwallis zu einem kantonal selbständigen Glied der FDP der Schweiz. Der Parti radical valaisan (Unterwallis) hat hiezu sein Einverständnis gegeben. Beide liberalen Walliser Parteien sind aber bei aller Eigenständigkeit zur engen Zusammenarbeit bereit.

«Die Freie Demokratische Partei des Oberwallis bezweckt im Rahmen ihres Parteiprogramms die Entfaltung und Durchsetzung des liberalen Gedankengutes im

Oberwallis», steht im Zweckartikel der neuen Partei nachzulesen. In monatelanger Vorarbeit hat die Initiativgruppe bereits ein Parteiprogramm ausgearbeitet, das an der Gründungsversammlung gutgeheissen wurde.

Mit grosser Spannung wurde die Aufstellung der Nationalrats- und Ständeratskandidatenliste erwartet. Mit der Nominierung von sechs profilierten und politisch erfahrenen Persönlichkeiten für die Nationalratsliste sowie einem bestens ausgewiesenen Kandidaten für den Ständerat wurde eindrücklich demonstriert, dass eine seriöse und konsequente Vorarbeit geleistet worden war. Die neue Partei ist nicht nur personell gut dotiert, sondern auch in allen Bezirken des Oberwallis gut abgestützt.

Die angestrebte Zusammenarbeit mit den Radikalen des Unterwallis wurde mit dem Beschluss unterstrichen, eine Listenverbindung bei den Nationalratswahlen einzugehen und mit je einer Kandidatur auf einer gemeinsamen Liste den Kampf um die Ständeratsmandate im Kanton Wallis aufzunehmen.

Die von grossem Enthusiasmus getragene Versammlung fand ih-

ren Abschluss mit Gruss- und Glückwunschschaften seitens Vertreterinnen und Vertretern der Walliser Radikalen und der FDP der Schweiz. Diesen Wünschen werden sich bestimmt alle Parteifreunde im ganzen Land anschliessen und dem jüngsten Kind unter den Kantonalparteien ihre uneingeschränkte Sympathie zusichern.

H. R. Leuenberger, Fürspr.
Generalsekretär FDP der Schweiz

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 32 98 71.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—.



Nach einem Schadenfall
ist der Mensch empfindlich.
Guter Rat zur rechten Zeit
gibt ihm Schutz und Sicherheit.

**«Winterthur» bedeutet Gesamtberatung
in allen Versicherungsfragen.**

Wirklich in allen!
Für Sie privat,
für Ihre Familie,
für Unternehmen jeder Grösse.

winterthur
versicherungen

Immer in Ihrer Nähe.
Auch im Ausland.

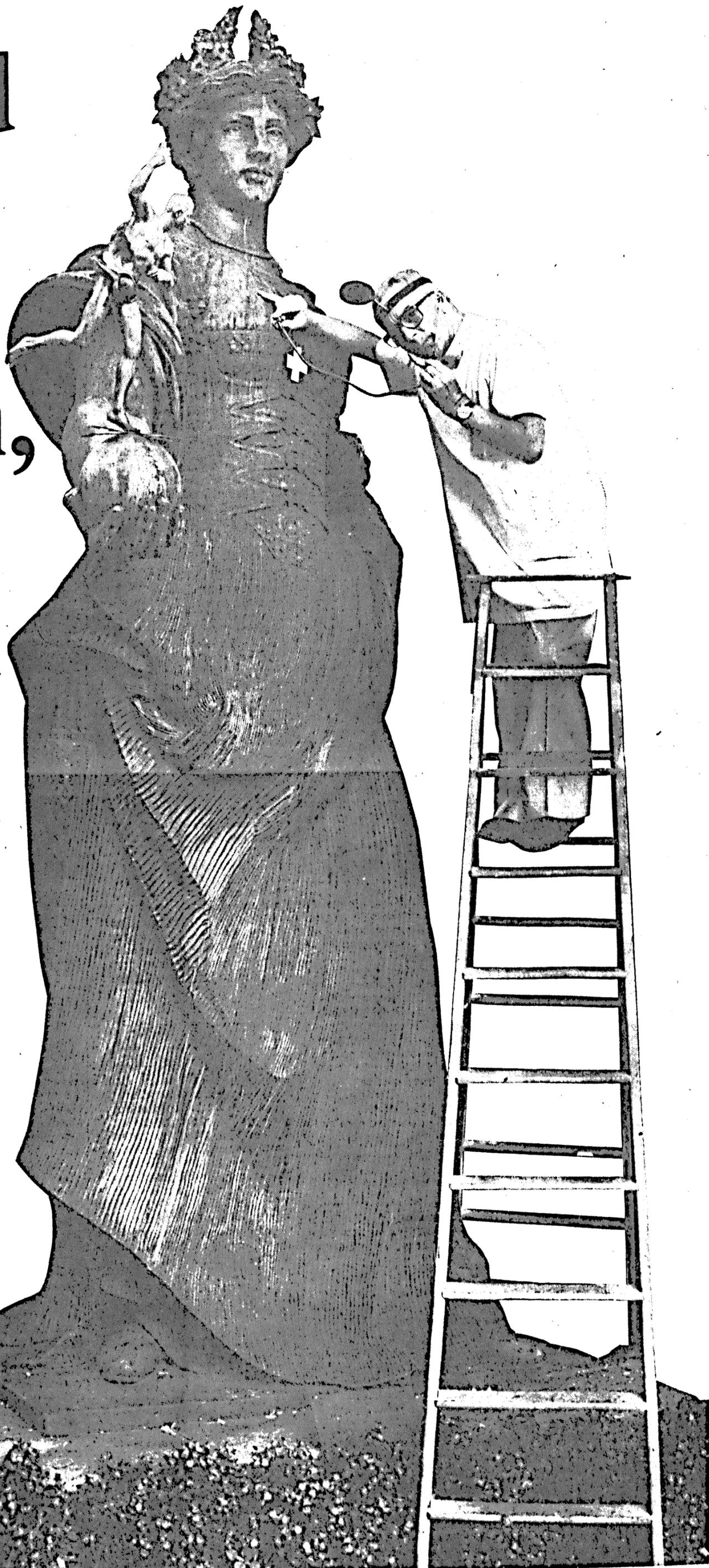
Schweizerische Dienstleistungsorganisation mit über 1000 hilfsbereiten Agenturen, Generalagenturen und Regionaldirektionen in allen Landesgegenden.

Gesund leben, gesund bleiben, gesund werden

Leitbild einer freisinnigen Gesundheitspolitik

Zu den zahlreichen unbewältigten Problemen der Gegenwart gehört zweifellos die Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Verschiedene Modelle sind in den letzten Jahren zur Bewältigung dieses Problems angeboten worden, und es sind denn auch bereits einige bescheidene Erfolge bei der Eindämmung der laufenden Kostensteigerung erzielt worden. Gleichwohl sind weitere Anstrengungen notwendig.

Aus diesem Grund unterbreitet die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) ein Leitbild für eine freisinnige Gesundheitspolitik. Dieses Leitbild zeichnet sich aus und unterscheidet sich dadurch von anderen Modellen, als es sich an alle vom Gesundheitswesen irgendwie betroffenen Kreise richtet. Die Patienten, die Krankenkassen, Ärzte und Spitäler sind gleichermaßen angesprochen wie der Bund und die für die Gesundheitspolitik primär verantwortlichen Kantone. Die Eindämmung der Kostensteigerung beginnt jedoch schon bei der wirksamen Verhütung von Krankheiten und Unfällen: das FDP-Leitbild spricht deshalb auch die (noch) Gesunden an.



Gesund leben, gesund bleiben, gesund werden

Fortsetzung von Seite 5

Teil eines selbstverantwortlichen Handelns in Gesundheitsfragen ist eine ausreichende individuelle Versicherung. Durch eine entsprechende Ausgestaltung der Prämien und Tarife soll erreicht werden, dass die Einrichtungen des Gesundheitswesens zurückhaltend beansprucht werden. Dennoch darf eine offensichtliche notwendige Inanspruchnahme von Leistungen aus finanziellen Gründen nicht verwehrt sein.

Selbstverantwortliches Handeln

Für die Erhaltung seiner Gesundheit ist in erster Linie jeder Einzelne selbst verantwortlich. Dazu gehören vor allem Massnahmen zur Verhinderung von Unfällen und Krankheiten: durch sinnvolle Vorbeugemassnahmen können bereits Kosteneinsparungen vorgenommen werden. Auch eine ausreichende individuelle Versicherung ist Teil des selbstverantwortlichen Handelns in Gesundheitsfragen.

Daneben sind aber die sozialen Einrichtungen so zu gestalten, dass sie dem Einzelnen für die von ihm nicht allein zu bewältigenden Wechselfälle des Lebens durch kollektive Selbsthilfe oder öffentliche Einrichtungen eine wirksame Hilfe bieten. Die Beanspruchung von Leistungen des Gesundheitswesens soll nicht von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Einzelnen abhängig gemacht werden. Zwar sollen Prämien und Tarife so ausgestaltet werden, dass das Gesundheitswesen möglichst zurückhaltend beansprucht wird, doch darf eine offensichtlich notwendige Inanspruchnahme von Leistungen aus finanziellen Gründen nicht verhindert werden.

Förderung der Selbsthilfe

Der oft kostspielige Gang zum Arzt oder ins Spital kann vermie-

den werden, wenn die Kenntnisse über die Krankheitsverhütung und Hauspflege in allen sozialen Gruppen und Altersstufen vertieft bzw. gefördert werden. Der Einzelne und seine Familienangehörigen sollen sich bei leichten Erkrankungen in erster Linie selbst zu helfen wissen. Mit der Verwirklichung von gezielten Massnahmen zur Gesundheitserziehung durch Bund, Kantone und private Organisationen kann bereits ein wesentlicher Schritt in Richtung Eindämmung der Gesundheitskosten getan werden. Für die Aerzte, Apotheker und ihre Standesorganisationen sowie für die pharmazeutische Industrie bietet sich ebenfalls ein weitgespanntes Tätigkeitsfeld: sie sind angesprochen, das richtige Verhalten bei Erkrankungen und den sachgerechten Gebrauch der Medikamente zu fördern.

Soziale Kontakte

Während in einzelnen Bereichen der Akutmedizin das gesunde Mass vielfach in Richtung «Spitzenmedizin» überschritten worden ist, liegt die medizinische Versorgung für Chronischkranke und betagte Patienten sowie Psychischkranke noch vielfach im argen. Diese benachteiligten Patientengruppen benötigen heute mehr Verständnis und geeignete Einrichtungen für die Pflege und Rehabilitation. Insbesondere müssen die Anstrengungen zur Aufrechterhaltung der sozialen Kontakte dieser Patienten in Kranken-, Pflege- und Altersheimen verstärkt werden. Diese Aufgabe obliegt in erster Linie den Trägern dieser Institutionen und den Gemeinden.

Noch immer werden die psychisch Kranken in unserer Gesellschaft als Aussenseiter betrachtet, Vorurteile gegenüber dieser Patientengruppe lassen sich nur schwer abbauen. Deshalb muss die Bevölkerung vermehrt über die Ursachen psychischer Krankheiten und das zweckmässige Ver-

Die Stellung des Einzelnen als Versicherer muss gestärkt werden. Dazu gehört eine übersichtlichere Gestaltung des Angebots an Versicherungen gegen die Folgen von Krankheit und Unfall. Der Patient soll ausserdem die Möglichkeit haben, Rechnungen für medizinische Leistungen von einer unabhängigen privaten Stelle überprüfen zu lassen (z. B. durch eine zu schaffende Stiftung der Aerzte, Zahnärzte, Krankenversicherungen und kantonalen Behörden).

halten psychisch Kranken gegenüber informiert werden. Wo nötig, müssen ausserdem die sozialen und medizinischen Dienstleistungen und vor allem die Wiedereingliederungseinrichtungen für psychisch Kranke und Drogensüchtige ausgebaut werden.

Ausbildung und Einsatz der Aerzte

Entscheidende Bedeutung im Rahmen der Gesundheitspolitik kommt der guten Ausbildung und dem zweckmässigen Einsatz der Aerzte zu. So müssen einerseits die medizinische Versorgung in Land- und Berggebieten sowie ein Notfall- und Präsenzdienst rund um die Uhr sichergestellt werden. Auf der anderen Seite sind die Ausbildung eines grösseren Anteils von Allgemeinpraktikern an der Ärzteschaft und die gezielte Weiterbildung aller praktizierenden Aerzte in Zusammenarbeit mit den Universitätskliniken sicherzustellen. Bei all diesen Massnahmen müssen indessen die Freiheit der ärztlichen Berufsausbildung und die freie Arztwahl des Patienten grundsätzlich gewährleistet bleiben. Von Freiheitsbeschränkungen im Interesse des Allgemeinwohls soll nach Möglichkeit nur zurückhaltend Gebrauch gemacht werden.

An allen Fronten

Das Leitbild einer freisinnigen Gesundheitspolitik zielt in erster Linie darauf ab, der massiven Kostensteigerung im Gesundheitswesen Herr zu werden, wobei die medizinische Grundversorgung, und dort wo notwendig, die Spezialmedizin nicht beeinträchtigt werden dürfen. Vermehrte Aufmerksamkeit muss in Zukunft den oft benachteiligten Patientengruppen gewidmet werden.

Jeder Einzelne ist oder wird vielleicht einmal direkt mit unserem Gesundheitswesen konfrontiert; als Mitglied einer Kranken- oder Unfallversicherungskasse erlebt jeder die Kostensteigerung im Gesundheitswesen am eigenen Leib. Aus diesem Grund richtet sich das Leitbild einer freisinnigen Gesundheitspolitik an alle, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind. Nur wenn an allen Fronten energische Massnahmen ergriffen werden, kann es gelingen, die Kostenexplosion wieder in den Griff zu bekommen und das Gesundheitswesen wieder auf das notwendige Mass auszurichten.

Vorbeugen ist besser als heilen

Es entspricht freisinniger Auffassung, dass jeder Einzelne für die Erhaltung seiner Gesundheit und die seiner Nächsten in erster Linie selbst verantwortlich ist. In diesem Sinn ist jeder aufgefordert, sein möglichstes zu tun, damit er die kostspieligen Einrichtungen unseres Gesundheitswesens nie beanspruchen muss. Krankheits- und Unfallkosten können besonders wirkungsvoll durch Massnahmen ausserhalb des eigentlichen Gesundheitswesens eingespart werden.

Nur wenn an allen Fronten energische Massnahmen ergriffen werden, kann es gelingen, die Kostenexplosion im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen. Patienten, Aerzte und Krankenkassen sowie Bund und Kantone sind gleichermaßen aufgefordert, die notwendigen Anstrengungen zu unternehmen.

Die wichtigsten Forderungen der FDP

Vorbereitung und Verwirklichung von umfassenden, alle sozialen Gruppen und Altersstufen berücksichtigenden Massnahmen zur Gesundheitserziehung durch Bund, Kantone und private Organisationen. Das richtige Verhalten bei Erkrankung und der sachgerechte Gebrauch von Medikamenten sowie Kurse für häusliche Krankenpflege sind zu fördern.

Die Werbung für Raucherwaren und Alkohol ist einzuschränken.

Die Krankenkassen und Privatversicherer sollen ihre Prämientarife, Leistungsreglemente und allgemeinen Vertragsbestimmungen verständlicher ausgestalten. Der Patient soll die Möglichkeit erhalten, die Rechnungen für medizinische Leistungen von einer unabhängigen Stelle überprüfen zu lassen.

Verstösse gegen die Wirtschaftlichkeit von Behandlungen (z. B. Uebermass an Behandlungsmassnahmen) sollen durch die Krankenkassen und Versicherer besser erfasst werden.

Die Anstrengungen zur Aufrechterhaltung der sozialen Kontakte von chronischkranken und betagten Patienten in Kranken-, Pflege- und Altersheimen sind zu verstärken.

Es sind vermehrt den Bedürfnissen von chronischen Alkoholikern und Drogenkonsumenten entsprechende therapeutische Einrichtungen bereitzustellen.

Die Kantone haben die ihnen obliegende Führungsaufgabe in der Gesundheitspolitik in vermehrtem Masse wahrzunehmen. Der Bund hat die Gesundheitserziehung, Gesundheitsvorsorge und Krankheitsbekämpfung zu koordinieren und für eine Verstärkung der diesbezüglichen Bemühungen zu sorgen.

Das Gurtenobligatorium in Motorfahrzeugen und das Helmtragobligatorium für Motorrad- und Mopedfahrer sind gesetzlich zu verankern.

Die medizinische Versorgung in Land- und Berggebieten sowie ein Notfall- und Präsenzdienst rund um die Uhr müssen sichergestellt werden.

Durch geeignete Massnahmen sollen die Ausbildung eines grösseren Anteils von Allgemeinpraktikern sowie die Weiterbildung aller praktizierenden Aerzte gefördert werden.

Vorbeugen ist besser als heilen, sagt das Sprichwort. Auf die Gesundheitspolitik bezogen kann auch gesagt werden, vorbeugen sei wesentlich billiger als heilen. Eine Krankheit oder einen Unfall zu verhüten kostet zwanzigmal weniger, als die Kosten der Behandlung um fünf Prozent zu senken. Durch eine vernünftige Lebensweise, angepasste Ernährung, vermehrte Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz, Förderung des Risikobewusstseins beim Sport, im Haushalt und im Verkehr können die Kosten des Gesundheitswesens bereits an der Quelle wirksam bekämpft werden.

Es versteht sich von selbst, dass solche vorbeugenden und vorsorgenden Massnahmen vornehmlich auf freiwilliger Basis ergriffen werden müssen. In einem freiheitlichen Staat bleibt es jedem selbst überlassen, zu erwägen, auf welche Weise er ein möglichst gesundes Leben führen möchte. Dennoch sind für die Eindämmung der Krankheits- und Unfallkosten an der Quelle auch die Aerzte und die Krankenkassen sowie die öffentliche Hand angesprochen. Von den Aerzten und den Versicherungen wird eine gezielte Information für eine sinnvolle und einfache Krankheits- und Unfallverhütung erwartet. Der Bund seinerseits ist aufgefordert, das Gurtenobligatorium in Motorfahrzeugen und das Helmtragobligatorium für Motorrad- und Mopedfahrer gesetzlich zu verankern. Die FDP tritt ausserdem für eine differenzierte Geschwindigkeitsbegrenzung, insbesondere innerorts, ein; begrüsst werden auch diesbezügliche Versuche.

Das Erinnerungsbuch des Jahres



Dr. h. c. Hermann Böschstein

Vor unseren Augen

Aufzeichnungen über das Jahrzehnt 1935-1945

334 Seiten, geb., Fr. 38.-

«In seinem Buch... rafft sich unmittelbar erlebte Zeitgeschichte zu einem Dokument, das manche Klischeevorstellungen von politischen Vorgängen und damals führenden Persönlichkeiten aufsprengt. Es sind die Direktheit der Schilderung und die Eigenwilligkeit der Urteile, die den Reiz dieses Buches ausmachen.»

«Weltwoche», Zürich

In allen Buchhandlungen erhältlich

Verlag Stämpfli & Cie AG Bern
Postfach 2728, 3001 Bern

Die Beanspruchung des Gesundheitswesens sollte soweit wie möglich von jedem Einzelnen durch persönliche Anstrengungen ganz vermieden werden. Diese Anstrengungen können durch Massnahmen von aussen unterstützt werden:

* Zur Stärkung der Selbstverantwortung eignen sich Selbstbehalte bei Versicherungsleistungen. Der heute schon 10 Prozent betragende Selbstbehalt soll auf zwanzig Prozent erhöht werden mit jährlichem Höchstbetrag pro Person und Familie.

* Damit die Kosten des Gesundheitswesens für den Einzelnen übersichtlicher werden, sind die Tarife für ärztliche Leistungen zu harmonisieren. Alle Spitäler haben eine Kostenstellenrechnung zu führen, die es ermöglicht, Kostendifferenzen zwischen Spitalern zu analysieren.

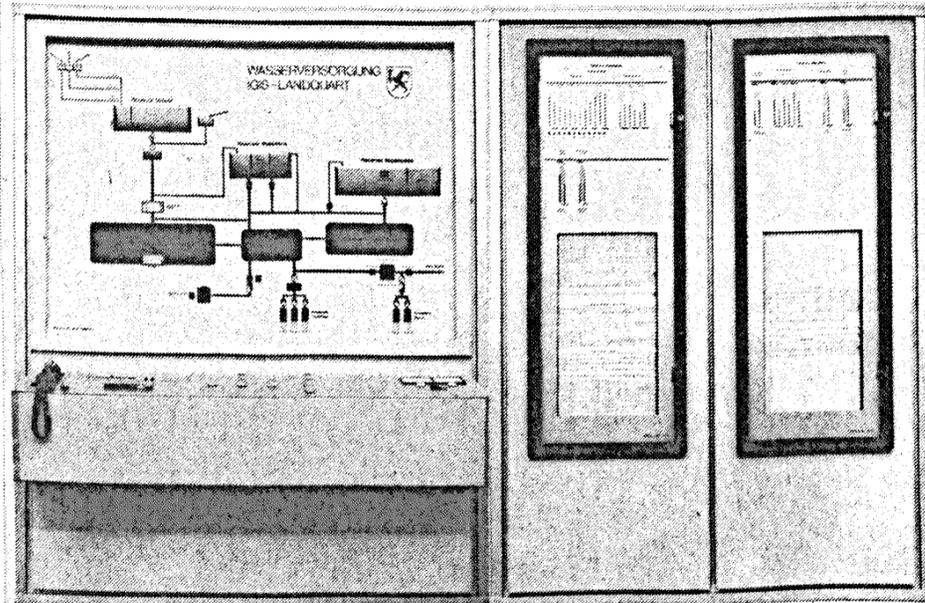
* Damit der Einzelne gegen Krankheit und Unfall zweckmässige Vorsorge treffen kann, sollen die Krankenversicherungen ihre Prämientarife, Leistungsreglemente und allgemeinen Vertragsbestimmungen verständlicher ausgestalten.

* Krankenversicherungen sind zu verpflichten, Verstösse gegen die Wirtschaftlichkeit von Behandlungen durch strenge Kontrollen zu erfassen.

* Bau, Einrichtung und Betrieb von hochspezialisierten Spitalabteilungen sind gesamtschweizerisch zu koordinieren.

Zülig misst und steuert Wasser

Ein über 65 Jahre altes Familienunternehmen stellt sich vor:



Betriebswarte der Wasserversorgung Igis-Landquart

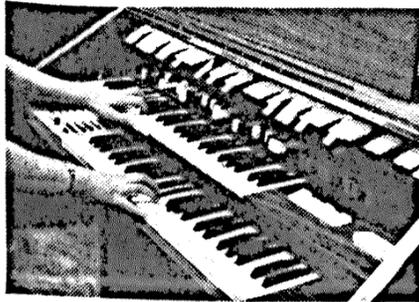
In einem weiträumigen Versorgungsgebiet messen und übertragen Zülig-Geräte Wasserstände, Wassermengen und Betriebszustände an die zentrale Betriebswarte. Sollwertsteuerungen befehlen Pumpen und Klappen und sorgen für einen ökonomischen, vollautomatischen Betrieb.

Zülig AG, Apparatebau, 9424 Rheineck/SG, Tel. (071) 44 25 51. Gegr. 1913

4002636FDP

Ein sinnvolles Hobby ... für Ihre Entspannung

Orgelbauen – Orgelspielen



Verschiedene Modelle – betriebsfertig und im Bausatz für Jdermann.

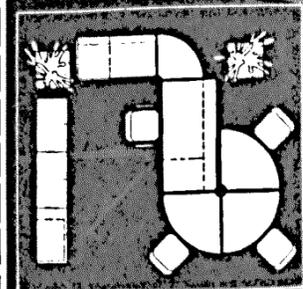
Verlangen Sie Gratisprospekte bei Wersi-electronic AG, 8887 Mels, Tel. (085) 2 50 50. Filialen: Zürich: Hallwylstr. 71. Bern: Eigerstr. 80.

2544091FDP

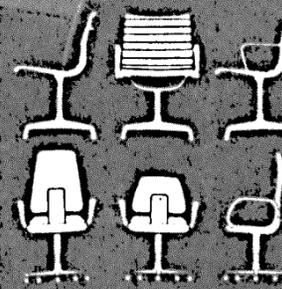


Stille Grössen in Chefzimmern

Die stillen Grössen des VOKO M.E.P. (modulares Element Programm) sind die bis in die kleinsten Einheiten durchdachten und durchgestalteten Elemente des wandlungsfähigen Systems für Chefzimmer-Einrichtungen. Sie sind mit hochwertigen Edelholzfüurnieren belegt.



In dieses VOKO M.E.P.-System lassen sich sämtliche technischen Büro-Geräte ohne sichtbare Kabel sauber einbauen. Verschiedene Fortsetzungsmöglichkeiten des Arbeitsplatzes mit Kreissegmenten schaffen Raum für Sitzungen und Besprechungen.



Zu stillen Grössen passen auch stille Stuhl-Design-Grössen unseres Jahrhunderts, wie zum Beispiel der Charles Eames-Stuhl, auch der Vitramat, Herman Miller, Girsbergers Eurochair oder die Stoll-Giroflex-Reihe.

büro schoch
gestaltet
Arbeits-Umgebung

Lassen Sie sich weitere Unterlagen senden oder rufen Sie uns an. Büro Schoch Untertor 7, 8401 Winterthur. Telefon 052 22 27 47

Memory Sheet

Der Freisinn FDP

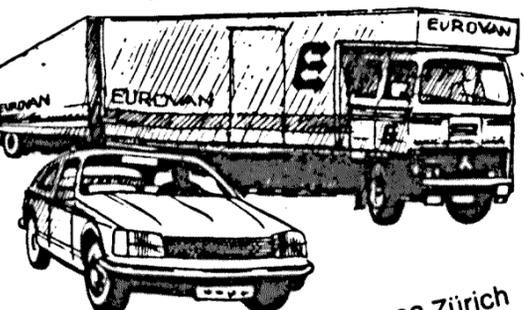
Inseratenschluss für die noch in diesem Jahr erscheinenden Zeitungen

Ins.-Schluss	Ersch.-Datum
28. September	9. Oktober
26. Oktober	7. November

Orell Füssli Werbe AG **ofa** Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 32 98 71, Telex 52293

FDP1370009

hallo welti-furrer
Wir fahren Menschen. Wir fahren Sachen. In der Schweiz und international. Sie finden bei uns in jedem Fall die rasche Lösung Ihrer Transportaufgabe.



A. Welti-Furrer AG, 8022 Zürich, 01 42 88 12

VOGT - SELVOPLAN flüssige – selbstnivellierende Unterlagsböden



Besondere Vorzüge
Grosse Druck- u. Biegezugfestigkeit
Auf Isolation – und Festverband-Verlegung
Auf jede Unterlage anwendbar
Absolut plane Oberfläche
Begehbarkeit nach 24 Stunden und volle Belastbarkeit
Schnelles Austrocknen
Fortschritt für Neubauten
Ideal für Altbausanierung
Kein Knarren mehr möglich
Hohe Schall- und Wärmedämmung
700-900 m² Tagesleistung
Beste Referenzen

Schweizer Patent EMPA geprüft Verlangen Sie Dokumentationen und Beratung

Ausführung spez. Fachfirmen in der ganzen Schweiz!

- VOGT** BALZ VOGT AG, 8855 Wangen/SZ, Industriestrasse 1, Telefon 055/64 35 22
- VOGT** Im Brächli 19, 8053 Zürich, P. Baur, Telefon 01/53 17 01
- VOGT** Grendelstrasse 15, 6000 Luzern, P. Imgrüth, Telefon 041/36 00 28
- Brack** F. Brack & Fils, 1222 Vésenaz-Geneve, Chem. d. la Pt.-Californie 8, Telephone 022/52 24 93

EFAL BE-0000



auf der Sonnenterrasse von Bad Ragaz. Das ideale Hotel für erholsame

Thermalbadeferien

oder Badekur unter ärztlicher Anleitung der Bäderklinik Valens bei Rheumaleiden, Lähmungen, Unfallnachsbehandlungen und Rehabilitation. Im Frühling und Herbst besonders empfehlenswert. Ruhige Lage, nebelfreies, mildes Klima. **Spezialstudios für Behinderte** Klinik und Kurhotel unter gleicher Leitung.

Auskunft und Prospekte: Kurhotel Valens, CH-7311 Valens, Telefon (085) 9 37 14 (Frl. Moosberger verl.)

1891:191 FDP

Zu verkaufen ein kleiner Posten

Wilhelm-Tell-Bierkrüge

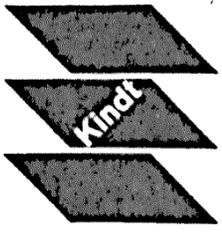
Nach über 150jährigem Original in begrenzter Auflage, aus Anlass des Jubiläums des Brauerverbandes, reproduzierter Glaskrug. Seltene Gelegenheit für Sammler, Geschenkidee! Abgabe in der Reihenfolge des Bestelleingangs. Preis: Fr. 48.– pro Stück. Bestellungen schriftlich an: SABA AG, Postfach, 8750 Glarus

4002611FDP

Seit über 50 Jahren in der ganzen Schweiz Neuanfertigung und Reparaturen

Jalousieläden Rolläden Lamellenstoren Sonnenstoren

E. Kindt AG, 8112 Otelfingen ZH vorm. Hans Kiefer AG ☎ 056 74 22 22



Senden Sie mir Prospekte DF
 Rufen Sie mich an unter Tel.-Nr.
.....
Adresse
.....
.....



Exklusiv im MZ - Pionier Stil 4

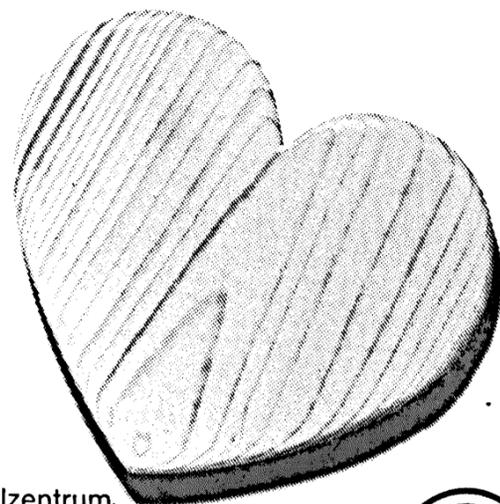
Kraft schöpfen

So ist das Leben von heute: Hart, hektisch und schnell.
Time is money, und der Erfolg kommt nicht von selbst. Man muss ihn einholen.
Im Laufschrift. Täglich. Tagtäglich.

Darum ruht sich mein Mann zu Hause aus. In der warmen,
einladenden Atmosphäre unserer Wohnung. In der behaglichen Ruhe. Hier schöpft er wieder Kraft.
Damit er wieder aufbrechen kann. Zu neuen Taten. Zu neuem Erfolg.

Besuchen Sie die Sonderschau «Rustikales Wohnen»
im Möbelzentrum des Handwerks in Volketswil. Lassen Sie sich inspirieren.
Erleben Sie selbst, was uns so fasziniert hat. Damit Sie sich ausruhen können.
Damit Sie aufbrechen können zu neuem Erfolg.

Geborgenheit, die man erwerben kann



10 Jahre Möbelzentrum,
Sonderschau «Rustikales Wohnen»



Möbelzentrum des Handwerks

Verkauf von handwerklichen und industriellen Erzeugnissen des Wohnbedarfs.
Volketswil, an der Autobahnausfahrt Richtung Uster, «Industrie Volketswil», vis-à-vis Waro, Telefon 01/945 55 81-85
Über 330 angeschlossene Schreinermeister, Innendekorateure und Innen-Architekten.

Wir brauchen die Klein- und Mittelbetriebe

Auch morgen noch eine Chance!

In der Öffentlichkeit ist man sich eigentlich kaum bewusst, welche wirtschafts- und gesellschaftspolitische Bedeutung den vielen Klein- und Mittelbetrieben zukommt. Und wie wichtig und unerlässlich sie für eine gesunde und gedeihliche Entwicklung unserer Wirtschaft sind. Nicht zu übersehen ist zudem die gesellschaftspolitisch gewichtige Tatsache, dass der Mittelstand sich zu einem wesentlichen Teil aus den Inhabern bzw. Führungskräften von kleinen und mittleren Betrieben in allen Teilen unseres Landes rekrutiert. Die Erhaltung und Förderung des Mittelstandes — ein ausgleichender, stabilisierender Faktor in unserer offenen Gesellschaft — erachtet der Basler Nationalrat Dr. Paul Wyss als wichtiges, staatspolitisches Anliegen.

Es wird immer wieder behauptet, dass auf Grund der Entwicklung der letzten Jahre, insbesondere seit Beginn der Rezession, relativ viele Klein- und Mittelbetriebe verschwinden und die Konzentration zu Grossbetrieben ständig zunimmt. Das stimmt nicht! Die Ergebnisse der eidgenössischen Betriebszählung von 1975 zeigen, dass 2790 Kleinunternehmungen (1 bis 49 Beschäftigte) mehr registriert worden sind als zehn Jahre vorher. Dagegen ging die Zahl der mittleren Unternehmungen (50 bis 499 Beschäftigte) gleichzeitig um 620 und diejenige der Grossunternehmungen (500 und mehr Beschäftigte) um 19 zurück. Man muss sich diese Zahlen immer wieder in Erinnerung rufen, wenn man über die Bedeutung der Betriebe und deren Anzahl in der Schweiz spricht: 97,2 Prozent sind mittlere Unternehmungen und nur 0,2 Prozent sind Grossunternehmungen, d. h. beschäftigten über 500 Personen.

Interessant ist ferner die Feststellung, dass die Rezession und der damit verbundene, beschleunigte Umstellungs- und Anpassungsprozess der letzten Jahre sich auf die Betriebsgrößenstruktur nicht ausgewirkt hat. Natürlich geben die Zahlen ein etwas anderes Bild, wenn man von der Anzahl der Beschäftigten ausgeht. Immerhin kann man auch dort feststellen, dass in der Industrie die Kleinen ihre Position halten konnten: 98,2 Prozent aller industriellen Betriebe sind solche. In ihnen werden 70,3 Prozent des Industriepersonals beschäftigt.

Gute Chancen der Kleinen und Mittleren

Was bedeuten diese Zahlen? Ganz schlicht und einfach, dass die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kaum von der Unternehmungsgrösse abhängig ist. Die Chancen der kleinen und mittleren Betriebe sind nach wie vor vorhanden, und sie werden auch erfolgreich wahrgenommen. Die Stärke vieler Klein- und Mittelbetriebe liegt — im Gegensatz zu den Grossunternehmungen — in einer leichteren Anpassungsfähigkeit. Entscheidend ist die Anpassung an die Veränderungen des Marktes und die Ausnutzung kleiner und kleinster Marktlücken. Ganz abgesehen davon, dass Grossunternehmungen in ihrem Produktionsbereich gar nicht mehr alles selbst machen können, und Klein- und Mittelbetriebe als Zulieferanten herbeigezogen werden müssen.

Die Schwierigkeiten sind grösser geworden

Trotzdem, und das muss klar und deutlich zugegeben werden, haben es die kleinen und mittleren Unternehmungen vor allem seit den Rezessionsjahren viel schwieriger im täglichen Kampf des Ueberlebens. Sie sind in der Regel nur mit wenigen Führungskräften dotiert, die dementspre-

chend überbelastet sind. Vor allem verfügen sie über keine spezialisierten Stabstellen, um sich im Paraphendickicht öffentlichrechtlicher Vorschriften zu rechtzufinden, das nicht nur ständig zunimmt, sondern auch laufend Veränderungen unterworfen ist. Es ist anzuerkennen, dass das Bundesamt für Aussenwirtschaft des Volkswirtschaftsdepartementes seine Exportförderungsstätigkeit, die seit einigen Jahren insbesondere die Erschliessung neuer Märkte umfasst, rund 90 Prozent auf Klein- und Mittelbetriebe ausrichtet. Auch die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung und die Beratungsstelle für Exportfinanzierungsfragen stehen in erster Linie und vor allem im Dienst der kleinen und mittleren Firmen. Die grossen Unternehmungen vermögen sich mit ihren wohl ausgestatteten (und nicht immer billigen!) Stabstellen eher selbst zu helfen. Ich bin der Auffassung, dass damit viel, aber nicht genug getan wird. Das Bewusstsein der einzelnen Klein- und Mittelbetriebe, dass sie nur gemeinsam stärker sind als allein, ist noch nicht überall genug verbreitet. Natürlich bedeutet das Mitmachen in einem Verband vorerst ein gewisses Aufgeben von Freiheit. Wobei dieses Aufgeben von Freiheit dazu führen kann — und das ist oft wohl zu wenig bekannt —, dass viele

Kleine zusammen eben auch als Machtfaktor ihre Rolle besser spielen können, ohne ihre Selbstständigkeit aufzugeben.

Staatliche Rahmenbedingungen verbessern

Wir sind auch politisch auf die Klein- und Mittelbetriebe angewiesen, sind doch die Führungskräfte, welche meistens auch die Eigentümer sind, Personen, die mit persönlicher Initiative und mit grosser Risikobereitschaft versuchen, möglichst unabhängig und selbstständig zu sein. Es ist deshalb auch klar, dass das immer grösser werdende Dickicht an administrativen Einschränkungen und Vorschriften sowie die grossen Umtriebe im Steuer-, Abgaben- und Gebührenbelastungswesen ein besonderes Handicap darstellt.

Das würde vorerst bedeuten, dass in den Kantonen, aber auch im Bund, günstigere staatliche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen zur Förderung der Klein- und Mittelbetriebe. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass die Steuer- und Sozialbelastungen an einer kritischen Grenze angelangt sind. Die Bürde darf zweifellos nicht weiter aufgestockt werden, ohne wirtschaftliche Schäden anzurichten (Substanz der Unternehmungen, Arbeitsplatzsicherung usw.).

Die Selbsthilfe kommt zuerst

Der Hauptimpuls zur Förderung der kleinen und mittleren Betriebe aber muss durch Selbsthilfe (Selbstverantwortung!) durch die Firmeninhaber und ihre Führungskräfte in erster Linie selbst kommen — durch eigene Initiative, aber zusammen mit anderen, in Gruppen oder Verbänden. Wir verfügen über gute und initiativ Verbände und über viele private Institutionen, die mit ihren Diensten — im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe — den kleinen und mittleren Betrieben helfen können. An diesen Verbänden und privaten Institutionen ist es, vielleicht noch wesentlich stärker als bisher, den Nachweis zu erbringen, dass sie mit viel Verständnis für die Probleme und Schwierigkeiten der kleinen und mittleren Betriebe jederzeit gewillt sind mit Rat und Tat auf marktwirtschaftlicher Grundlage zu helfen.

Eine freisinnige Forderung

Förderung des privaten Eigentums

Am 14. Juni 1979 hat der Ständerat die Motion Bürgi (FDP - SG) gutgeheissen, die ein Gesamtkonzept für die Eigentumsförderung verlangt und konkrete Massnahmen für eigentumsfördernden Einsatz der Mittel der beruflichen Vorsorge, Massnahmen im Bereiche der privaten Vorsorge (III. Säule), steuerliche Förderung des Wohneigentums und des Bausparens, massvolle Besteuerung der Eigennutzung von Häusern und Wohnungen und fiskalische Entlastung des Sparens und der Mitarbeiteraktien fordert. Eine entsprechende FDP-Fraktionsmotion hat der Zürcher Voklvertreter Ulrich Bremi im Nationalrat eingereicht. Bereits in neun Kantonalparlamenten wurden Vorstösse in gleicher Richtung aus freisinnigen Kreisen angenommen oder anhängig gemacht, wie FDP-Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger melden kann:

Eigentum an Boden, an Wohnstätten und an andern Werten hat sich in der Geschichte der Menschheit immer wieder durchgesetzt, trotz allen Anfeindungen, die sich periodisch bemerkbar machten. Ueber Eigentum zu verfügen entspricht einem ursprünglichen menschlichen Bedürfnis. Auch wo Eigentum im Zuge doktrinäer politischer Umwälzungen abgeschafft wurde, haben sich

stets neue Ansätze privater Eigentumsbildung sukzessive herauskristallisiert.

Umstritten ist seit eh und je die Frage der Verteilung des privaten Eigentums. Unsere schweizerische Lösung, die tief in breiten Volkskreisen verankert ist, achtet, nicht zuletzt auch aus Gründen der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, das private Eigentum in all seinen Formen. Den Zugang zum Eigen-

tum möglichst breiten Kreisen zu ermöglichen, für Mittelstand und Arbeitnehmerschaft, für Bezüger mittlerer und kleinerer Einkommen und ihre Familien ist ein Schwerpunkt freisinniger Politik. Wer von Eigentumsförderung spricht, denkt vorab an breitere Streuung von Wohneigentum. Es darf aber nicht übersehen werden, dass Eigentum an andern Gütern und vor allem auch das Sparen nicht in den Hintergrund gestellt werden darf.

Was heisst eigentlich Eigentumsförderung? Sie bedeutet nicht Wegnehmen bei den einen und Zuteilung an andere. Das würde unserem Rechtsempfinden widersprechen. Es bedeutet, dass in Bund und den im weitem Masse zuständigen Kantonen bessere Anreize geschaffen werden, privates Eigentum zu erwerben, und eigentums-hemmende Bestimmungen zu beseitigen. Dass damit vor allem fiskalische Massnahmen im Sinne von Erleichterungen für die Eigentümer im Vordergrund stehen, soll kein Fischzug auf den Fiskus bedeuten. Denn auf lange Sicht werden momentane Einbussen für den Fiskus längstens wettgemacht.

In einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung kommt einer breit gefächerten Eigentumsstruktur eine zentrale Bedeutung zu. Denn «Eigentum macht unabhängig» wie die freisinnigen Zielsetzungen 1979/83 festhalten.

Auch wenn Ausnahmefälle nicht übersehen werden sollen, hat sich der materielle Wohlstand breiter Bevölkerungskreise in den letzten Jahrzehnten bemerkenswert verbessert. Doch hat sich die Streuung der Eigentumsverhältnisse im Sog der Entwicklung zur Konsumgesellschaft vorab auf dem Gebiete des Wohnungswesens nicht entsprechend verbessert. In der Schweiz beträgt der Anteil der von Eigentümern belegten Wohnungen oder Häuser nur 28%, gegenüber 34% in der Bundesrepublik Deutschland, 45% in Frankreich, 51% in Gross-

britannien und 53% in Italien. Die Schweiz weist demzufolge den geringsten Anteil auf. Offensichtlich ist die Eigentumpolitik des Bundes und vor allem der Kantone nicht wirksam genug, und es bestehen zu viele eigentums-hemmende Barrieren, die überwunden werden müssen.

Das Postulat einer verstärkten Eigentumsstreuung ist grundsätzlich unbestritten, bei Behörden, in der Politik und in einer weiteren Öffentlichkeit. Das stellt man immer wieder fest. Das Problem-bewusstsein ist aber nicht genügend entwickelt, und die Verantwortlichen legen sich sehr oft über die wirklichen Verhältnisse kaum Rechenschaft ab. Die FDP-Motion zielt deshalb in ihrem ersten Teil auf eine Bestandesaufnahme der eigentumsfreundlichen und der hemmenden Massnahmen ab. Dies nicht, um die Reihe der recht modisch gewordenen Konzepte zu ergänzen, sondern um für wirksame Massnahmen die notwendige Beurteilungsgrundlage zu erhalten.

Der zweite Teil der Motion enthält konkrete Forderungen, die sich heute schon formulieren lassen. Die traditionelle Wohnbaugesetzgebung im Bund und in den Kantonen hat sich als nicht genügend wirksam erwiesen. Es werden deshalb der eigentumsfördernde Einsatz der Mittel der beruflichen Vorsorge, steuerpolitische Bestimmungen zur Förderung der III. Säule und zur Begünstigung des Sparens sowie der fiskalischen Entlastung der Mitarbeiteraktien gefordert. Dies sind Massnahmen, die keine Subventionen erfordern und geeignet sind, auf längere Zeit betrachtet, die Ausfälle für den Fiskus wieder wettzumachen. Dass in diesem Strauss von Massnahmen auch der Ueberprüfung, vor allem auf kantonaler Ebene, der Besteuerung der Eigennutzung von Liegenschaften das Wort geredet wird, verwundert nicht, wenn man bedenkt, dass diese Besteuerungsform im europäischen Vergleich nur noch eine Seltenheit darstellt.

Die Bundesrätin

Satirischer Roman von Dr. iur. Ulrich Weber, Redaktor am «Aargauer Tagblatt», Einwohnerratspräsident von Aarau, zuvor FDP-Fraktionspräsident, Chansonstexter von Eisie Attenhofer. Israel hatte seine Golda Meir, Indien seine Indira Gandhi, Grossbritannien hat seine Maggie Thatcher. Auch in der Schweiz dürfte bald einmal eine Frau in die höchste Exekutive, in den siebenköpfigen Bundesrat, vorstossen. Der Roman beleuchtet mit Witz und Humor die Szenerie der Gemeindefunktionen und Bundespolitik und entlarvt sie damit. Die «Bundesrätin» ist auch ein Buch wider den tierischen Ernst in der Politik. (Vorabdruck in der «femina»). 176 Seiten, Fr. 19.—

Als Psychologe habe ich versagt

Roman von Kurt Frey

Dazu «Berufsberatung und Berufsbildung»: «Es ist ein wichtiges und lesenswertes Buch, das viele Eindrücke hinterlässt: Betroffenheit, Schmunzeln, bisweilen wohl auch Aerger und Ratlosigkeit. Ein Buch jedenfalls, das den Leser nicht kaltlässt, sondern anspornt zur Selbstreflexion. Ein Buch auch, das es allein schon seiner sprachlichen Qualitäten halber verdienen würde, verkauft und gelesen zu werden.» (Vorabdruck in der «Bündner Zeitung»). 200 Seiten, Fr. 24.—

Die grossen Töter

Die Zivilisationskrankheiten und wie Sie ihnen begegnen — von Nationalrat Professor Meinrad Schür, Direktor des Institutes für Präventivmedizin an der Universität Zürich, und Professor Walter Püldinger, Direktor der psychiatrischen Klinik Wil SG. Ein gesundheitspolitischer Abriss über die Schweiz. Unentbehrlich für alle, die sich in der Gesundheitspolitik engagieren. Zugleich ein Gesundheitsratgeber. (Teilvorabdruck im «Beobachter», im «Grossanzeiger von St. Gallen» und Abdruck im «Stadt Gottes»). ca. 176 Seiten, Fr. 19.—

In Vorbereitung sind:

Berechtigte Hoffnung

von Georges-André Chevallaz, Bundesrat

«Zwischen Staatsrechnung und Budget hat Bundesrat Georges-André Chevallaz einem Philosophen Red und Antwort erteilt, und daraus ist ein reizvolles, 140 Seiten umfassendes Taschenbuch weiser Erfahrungen geworden. In Wirklichkeit war der Befragte selber mit seinen Antworten der Philosophie.» («Der Freisinn» Nr. 1) Uebersetzung: Hans Laemmel, Westschweizer Korrespondent des Deutschschweizer Radios. Auslieferung Anfang Dezember 79. ca. 140 Seiten, Fr. 14.—

Westschweizer, Deutschschweizer, Tessiner

— besser hören, um besser zu verstehen, von Jean-Pierre Vouga
Uebersetzung: Hans Laemmel. Auslieferung Anfang Dezember 79.
ca. 140 Seiten, Fr. 14.—

Newspapers — Die Macht und das Geld

von Simon Jenkins, Exchefredaktor des «Evening Standard». Politischer Chefredaktor des «Economist». Auslieferung im Dezember. ca. 140 Seiten, Fr. 14.—

HeCHt — Illustrierte Zeitschrift. 6 x im Jahr. Eine Alternative zur Massenpresse. Jahresabonnement Fr. 24.—

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder mit nachstehendem Bestellcoupon.

Ich bestelle:

Exemplare

_____	Die Bundesrätin à Fr. 19.—
_____	Als Psychologe habe ich versagt à Fr. 24.—
_____	Die grossen Töter à Fr. 19.—
_____	Recht auf Hoffnung à Fr. 14.—
_____	Westschweizer, Deutschschweizer, Tessiner à Fr. 14.—
_____	Newspapers à Fr. 14.—
_____	HeCHt-Illustrierte Zeitschrift à Fr. 24.—

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ PLZ/Ort: _____

Coupon einsenden an: HeCHt-Verlag, F. Wagner, Postf. 148, 8060 Zürich

4002601DB

So ein Tag, so schön und . . .



...eindrucklich: am Samstag, 8. September, trafen sich rund 1000 Freisinnige zur nationalen Wahlkundgebung in Brunnen. Diese Manifestation — obwohl in ihrer Substanz politisch — gestaltete sich rasch zu einem «Volksfest». Kein Wunder, gab es doch nicht nur Reden, sondern auch ein Unterhaltungsprogramm mit Willy Schmid, Kurt Felix und den New Harlem Ramblers. Sowie rassistiger Marsch- und Blasmusik mit den Harmonien «Echo d'Orny» aus dem Wallis und Wolfwil SO.

Bilder: B + N